

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/114: 22.04.2006 – 05.01.2008

22.04.2006

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema

Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.

Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.

Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.

Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.

Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.

Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.

Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum

noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.

Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".

Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommenen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern ab-schwächend "Übergriffe" genannt werden.

Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.

Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute. Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.

Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.

Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.

Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "brechen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"

Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.

Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es

am Ende sogar ermorden.

Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.

Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation "medica mondiale" in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".

Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.

Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. Obwohl die Ausstellung zahlreiche Tonbanddokumente anbietet, in der Betroffene über ihre Erlebnisse erzählen, und Presseauschnitte, Filme, Akten und wissenschaftliche Dokumentationen über Einzelheiten der Vertreibung sonst ausführlich berichten. Selbst als "medica mondiale" dem Kurator das Buch eines Opfers für die Ausstellung anbot, blockte Westholt ab. Dabei gibt es nicht nur ein Buch einer Frau über ihre Vergewaltigung.

Die Vertriebenenverbände haben Tausende von Augenzeugenberichten betroffener Frauen, auch als Videofilme gesammelt, und solche Interviews sind auch bereits mehrfach im deutschen Fernsehen gesendet worden, unter anderem in Filmen von Guido Knopp.

Eine Woche vor der Schließung der Ausstellung in Bonn (!) lenkte der Ausstellungskurator in einem Gespräch mit dem "Kölner Stadtanzeiger" vom 14. April plötzlich ein und erklärte, er würde einen Ausweg aus der verfahrenen Situation begrüßen. Seitdem warten die Redaktion des "Kölner Stadtanzeigers" und die Frauen von "medica mondiale" gespannt darauf, daß Herr Westholt sich bei ihnen meldet.

Möglichkeiten, nun auch das Thema der Massenvergewaltigungen angemessen in der Ausstellung zu realisieren, gäbe es viele. Die Sprecherin der Frauenhilfsorganisation, Margret Meyer, bezweifelt allerdings den guten Willen des Ausstellungskurators: "Herr Westholt wollte das Thema einfach nicht, weil es ein Tabu berührt", vermutet sie. ...<<

29.04.2006

BRD: Der deutsche Journalist Helmut Matthies schreibt am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Gewinner der Einheit

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".

Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?

Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages.

Der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels begründete dies lapidar mit den Worten, man habe sich "mit der kommunistischen Fraktion geeinigt", und dann "bekommt man eben eine Kommunistin". Petra Pau arbeitete einst im Zentralrat der FDJ. Christen, die sich weigerten, der FDJ

beizutreten, durften oft nicht an die Oberschule beziehungsweise an eine Hochschule. Ihnen wurde damit trotz Begabung eine Karriere verweigert. Sie müssen jetzt mit geringeren Verdiensten auskommen.

Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, beklagte jetzt die zunehmend "aggressive Propaganda" sogar früherer Stasi-Mitarbeiter. Ausgerechnet während einer Diskussion in der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen beherrschten die Täter die Debatte, konnten Opfer gar als Kriminelle bezeichnen.

Der anwesende Berliner Kultursenator Thomas Flierl (von der PDS!) schritt kaum ein. Für Birthler ist dies alles alarmierend, denn die SED-Diktatur sei ganz und gar nicht harmlos gewesen: "Es hat 250.000 politische Gefangene gegeben, darunter viele, deren Leben zerstört wurde."

Noch längst ist die Stasi-Aufarbeitung - auch in den Kirchen - nicht beendet. In letzter Zeit wurde bald alle paar Tage ein neuer Fall in Sport und Politik bekannt. Dagegen haben die Opfer kaum Fürsprecher. Im Gegenteil: Anfang April hatte der PDS-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Peter Porsch, zu einer Buchlesung mit Ex-Stasi-Offizieren in Dresden eingeladen. In dem Buch wird das Wirken der Stasi beschönigt.

Als sich die wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte Bautzen (dort war das brutalste DDR-Gefängnis, in dem auch Christen inhaftiert waren), Silke Klewin, und ihr Kollege zu Wort meldeten, ernteten sie "nur höhnisches Gelächter" (so die "Sächsische Zeitung"). Nach der Lesung sagte sie: "Einige der ehemaligen Häftlinge bekommen es wieder mit der Angst zu tun." Angst im demokratischen Deutschland vor denen, die vor mehr als 15 Jahren Verbrechen verübt haben?

Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. Ein kleiner Trost ist, daß jetzt in vielen Kinos der Film "Das Leben der Anderen" läuft, in dem die Brutalität der Stasi deutlich wird.

"idea" setzt ein kleines Zeichen: Sein Freundeskreis fährt am übernächsten Wochenende nach Bautzen. In der Gedenkstätte berichten zwei Christen, wie sie Gott erlebt haben - in der Haft. Helmut Matthies ist bei "idea" zuständig für die Gesamtleitung.<<

27.05.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Mai 2006 (x887/...): >>Erst sprachlos - dann arbeitslos

Wenn die Muttersprache geht, verschwinden auch die Arbeitsplätze

Sprachschützer und Arbeitervertreter in Frankreich jubeln: Ein Gericht hat Anfang März die Verurteilung eines Tochterunternehmens von "General Electric" bestätigt. Das Vergehen: Die Medizintechnik-Firma "GE Medical Systems" ("Gems") hat im Umgang mit ihren Beschäftigten zuviel Englisch verwendet. Jetzt muß das Unternehmen an den Betriebsrat eine Strafe in Höhe von 580.000 Euro zahlen.

Gegen das Tourbon-Gesetz aus dem Jahre 1994, das nach dem damaligen Kulturminister Jacques Tourbon benannt ist und den Unternehmen in Frankreich die Benutzung der französischen Sprache vorschreibt, ist selbst "General Electric", der zweitgrößte Konzern der Welt, machtlos. Seine Tochter "Gems" hatte Dokumente und Rechnerprogramme angewendet, die ausschließlich auf englisch abgefaßt waren. "Sogar die französische Unternehmensführung richtete ihre Botschaften auf englisch an uns. Mitarbeiter, die kein oder kaum Englisch sprachen, wurden regelrecht isoliert", teilte eine Gewerkschaftssprecherin mit.

So löblich die Wertschätzung der Muttersprache in Frankreich ist: Die weltweite Entwicklung

geht in eine andere Richtung. Die wirtschaftliche und politische Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika und die länderübergreifende Ausdehnung des Arbeitsmarkts für Spitzenkräfte führen dazu, daß Englisch in immer mehr Unternehmen als Konzernsprache einzieht. Dabei bildet sich eine Zweiklassengesellschaft heraus aus Führungspersonal auf der einen Seite, das im Sprechen und Denken amerikanisiert ist, und Untergebenen, die noch in ihrer Kultur verwurzelt sind, auf der anderen Seite.

Und so werfen deutsche Lenker von Großunternehmen mit unverständlichen Anglizismen um sich. Deutsche Unternehmen anglisieren ihren Firmennamen ("BMW Group", "Deutsche Post World Net", "Deutsche Bahn Mobility Networks Logistics") und ihre Abteilungen (zum Beispiel "Siemens": "Power", "Medical", "Lighting" und so weiter). Besprechungen finden oft nicht mehr auf deutsch statt, selbst wenn keine Fremdsprachigen zugegen sind. Nach und nach dringt Englisch von den oberen Führungsetagen auch in die unteren Unternehmensebenen vor, wo es der Verständigung eher schadet als nützt.

Führungskräfte versuchen, die kulturellen Wurzeln ihrer Untergebenen zu kappen und verächtlich zu machen. So erklärte im Jahr 2000 der damalige Vorstandsvorsitzende der Gütersloher "Bertelsmann AG", Thomas Middelhoff, in der Tageszeitung "Die Welt": "Unternehmer haben die Pflicht, regionale Besitzstände ... ebenso kritisch in Frage zu stellen wie andere gewachsene Strukturen.

Wie verbreitet das regionalzentrische Weltbild in Deutschland heute noch ist, zeigt ein Beispiel: Als Bertelsmann Englisch zur offiziellen Unternehmenssprache erklärt hat, beschwerten sich Bürger, ein deutsches Unternehmen dürfe sich nicht von der deutschen Sprache verabschieden - ein Kuriosum in einer globalisierten Welt, aber ein ernstzunehmendes. Globalisierung fängt mit der Bereitschaft an, auch gedanklich über die Grenzen zu schauen. Eine Folge müßte sein, Englisch und eine weitere Fremdsprache früher und intensiver als bisher an den Schulen zu vermitteln."

Middelhoff, der sich gerne als Amerikaner mit nur zufällig deutschem Paß bezeichnet, spricht also tatsächlich von einer Art Umerziehungsplan, um gewachsene Strukturen wie Kultur und Muttersprache in Frage stellen zu können. Vor diesem Hintergrund bekommt die breite Einführung von Frühenglisch an den Grundschulen eine unheimliche Bedeutung.

Englisch schafft jedoch keine Arbeitsplätze im deutschen Sprachraum. Zahlreiche große deutsche Unternehmen, die auf Englisch als Unternehmenssprache setzen, bauen im Stammland Stellen ab und im Ausland auf, zum Beispiel: "Daimler-Chrysler", "Metro" oder "Aventis". Auch die Amerikanisierung der Berufsbezeichnungen ("Sales Manager", "Freelancer", "Researcher" und so weiter) und der Angebote der Bundesagentur für Arbeit ("Job-Floater", "Jobcenter", "Assessment" und "Clearingstellen") haben die Arbeitslosigkeit nicht verringert.

"Muttersprachler werden bei der Vergabe von Leitungsposten in den meisten Fällen bevorzugt", meint Jürgen Hausschildt, Fachmann für Wirtschaftssprachen und ehemaliger Professor für Betriebswirtschaft an der Universität Kiel. Das gelte selbst dann, wenn ein anderer Mitarbeiter eine bessere fachliche Qualifikation aufweise, seine Sprachkenntnisse aber geringer seien: "Die fachlichen Kenntnisse werden dann oft hinter den Sprachkenntnissen vermutet." Das heißt also: Mit dem Vormarsch des Englischen verschlechtern sich die Karrierechancen von Deutschen, selbst wenn diese Englisch gründlich gelernt haben.

Und: Flucht aus der Sprache bedeutet auch Flucht aus dem Land. Ohne Bindung zur Landessprache haben die Führungskräfte auch keine Bindung an das Land. Ihre untergebenen Mitarbeiter sehen sie als beliebig verschiebbare Verfügungsmasse.

Die Verordnung eines fremden und beschränkten Wortschatzes bedeutet Verluste in der Vorstellungskraft, in der Denkschärfe und bei der reibungslosen Verständigung. Letztlich nützt sie nur denen, die Englisch zur Muttersprache haben. Amerika läßt sich im eigenen Land übrigens nicht den Vorrang der englischen Sprache nehmen. Ein Grundsatzurteil des Obersten

US-Bundesgerichts von 1994 bestätigte einer kalifornischen Firma das Recht, von ihren zu-
meist spanischsprachigen Angestellten den alleinigen Gebrauch des Englischen am Arbeits-
platz zu verlangen.

In Deutschland gibt es allerdings nur wenige rühmliche Ausnahmen. Eine davon ist der Vor-
standsvorsitzende der "Porsche AG", Wendelin Wiedeking. Im Nachrichtenmagazin "Der
Spiegel" erklärte er: "Natürlich können sich Manager in englisch verständigen. Aber das ist
nicht auf allen Arbeitsebenen der Fall. Ganz schwierig wird es, wenn es um Details geht, um
die Einzelteile eines Motors beispielsweise. Doch gerade bei diesen Themen müssen sich die
Mitarbeiter perfekt verständigen. Und wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache
ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist."

An anderer Stelle sagte er: "Was heißt das, wenn sie (die Mitarbeiter) plötzlich in einer
Fremdsprache kommunizieren müssen? Sie rauben vielen die Möglichkeit, sich so zu artiku-
lieren, wie sie es gewohnt sind. Da bleibt Leben auf der Strecke. Da verlieren sie Kraft." Wir
brauchen im deutschen Sprachraum einen Stimmungswechsel, damit eine solch vorbildliche
Einstellung unter den Lenkern großer Unternehmen wieder selbstverständlich wird.

Die "Porsche AG" baut übrigens keine Arbeitsplätze ab.<<

12.06.2006

**Israel: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag
des Gewissens"**

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des
Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundes-
kanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im
Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre
nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der
Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003
und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen
Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht
vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um
ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zvai Leumi",
auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die
aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des At-
tentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats:
Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mit-
glieder seiner "Cheruth"-Partei waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paket-
bomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer getroffen hatte. Begin - so berich-
tete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen
Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. An-
schließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein
Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung
lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend ex-
plodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutsch-

land und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

25.09.2006

BRD: Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtet am 25. September 2006: >>Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"****

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgefliegen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.

In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.

Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.

Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechttersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald

setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.

Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<

11.11.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. November 2006 (x887/...): >>**Treu zur Sprache**

Auch nach zehn Jahren hat sich die Rechtschreibreform nicht durchgesetzt

Die Deutschen wissen, daß ihre Sprache der wichtigste Kulturträger ist - und sie halten diesen Besitz hoch. Die Sprache in Schrift und Wort erschließt das kulturelle Erbe.

Zehn Jahre nach dem verhängnisvollen Beschluß der Kultusminister, die deutsche Sprache einer Rechtschreibreform zu unterwerfen, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger die neuen Schreibregeln ab.

Nach einer Umfrage, die die Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" zum Tag der deutschen Sprache 2006 veröffentlichte, lassen 56 Prozent der Befragten nur die traditionellen Rechtschreibregeln gelten, 16 Prozent richten sich nach einem eigenen Regelwerk, lediglich 28 Prozent halten sich an die neue Staats-Orthographie. Und nicht alle aus freien Stücken: Da viele Unternehmen entschieden haben, für ihren Schriftverkehr die reformierten Regeln anzuwenden, fühlen sich 60 Prozent der Berufstätigen dazu verpflichtet, aber fast die Hälfte aus dieser Befragten-Gruppe ist "Neuschreiber" gegen die eigene Überzeugung.

Das Erlanger Unternehmen "Textflex" hatte diese Zahlen erhoben, indem es Bundesbürger verschiedener Alters- und Berufsgruppen nach dem Zufallsprinzip auswählte und befragte. Die Untersuchung förderte auch zutage, wie sprachempfindlich die Deutschen, jedenfalls die angesprochenen Bürger mit "Bildungshintergrund" sind. 36 Prozent der Befragten wenden sich von Waren oder Dienstleistungen ab, wenn diese fehlerhaft oder schlecht beschrieben werden, 37 Prozent sind allerdings schon so abgehärtet, daß sie sich trotz schlechter Texte nicht den Konsum verleiden lassen.

Immerhin 18 Prozent bekommen das Erbarmen mit den Sprachtrotteln und würden sogar mehr bezahlen, wenn dafür Bedienungsanleitungen oder Produktwerbung besser geschrieben wären. Überhaupt: Medien und Werbewirtschaft werden häufig für schlechtes Deutsch getadelt (14 und elf Prozent der Fälle), einsame Spitzenreiter bei den Sprachschlampen sind aber jene Personen, die sich zum öffentlichen Leben rechnen lassen.

Der "Verein Deutsche Sprache" (Dortmund), der nächste Woche in sein zehntes Jahr geht und nach seinen Angaben inzwischen schon 27.000 Mitglieder zählt, und die anderen Sprachschützer müßten sich jetzt einer zweiten Aufgabe stellen: Da immer mehr junge Menschen kaum noch lesen wollen, dafür aber länger Radio hören, müssen die Rundfunk-Beiträge als Sprachvorbild kritisch analysiert werden.

In vielen Sendungen, auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wird nach täglicher Beobachtung nur noch Rumpfdeutsch gesprochen mit einem bedenklich hohen Anteil englischer Vokabeln - die oft genug sogar sinnwidrig gebraucht werden. Schmerzhaft wird die Rundfunk-Sprache, wenn es um Feinheiten der Grammatik geht, etwa um die Zeitenfolge zwischen Haupt- und Nebensatz. Solche Sprachästhetik gibt es höchstens noch auf Papier, von geübten Schreibern.

Und: Zum Glück gibt es immer noch gute Stimmen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber die Sprachliebe scheint auch dort eine Generationenfrage zu sein. Junge Sprecher haben nicht nur Vokalklang frei nach Schnauze, sondern auch, wie es sich anhört, eine tiefe Abneigung gegen korrekte Konsonanten. Das "r", immer schwer zu sprechen, wird regelmäßig zu einem langen "a" gequält. Wenn die Intendanten weiter so wenig Wert auf Sprechausbildung legen, geht auch noch die phonetische Qualität ihrer "Sendah in den Kellah".<<

23.12.2006

BRD: Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schreibt am 23. Dezember 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Bis heute ungelöst

Die "Preußische Treuhand" hat ihre Entschädigungsklagen auf den Weg gebracht

Die "Preußische Treuhand" - eine Vereinigung von Vertriebenen zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für zurückgelassenes Eigentum in den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches - hat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Individualbeschwerden gegen die Republik Polen eingereicht.

Damit hat die Organisation nun realisiert, was seit drei Jahren recht häufig angekündigt wurde. Die politische Klasse in Polen von ganz rechts bis links ist empört. Die Kommentare in den polnischen Zeitungen zu dem Vorgang haben fast durchgängig einen antideutschen Tenor und sind von dem zur Staatsräson erhobenen Vorwurf geprägt, daß die Täter (Deutsche) sich zu Opfern stilisieren wollen. Eine sachliche Diskussion über die berechnete oder unberechnete Forderung von Entschädigungsansprüchen kann in Polen im Jahr 2006 noch nicht geführt werden.

Die Bundesregierung hat sich, wie auch schon die rot-grüne Vorgängerregierung, von der "Preußischen Treuhand" scharf distanziert und deren Handeln verurteilt. Tatsächlich ist aber durch Versäumnisse der Bundesregierungen seit 1990 bei der Regelung der Kriegsfolgelasten und bei den Vertragswerken mit den Nachbarstaaten im Osten die Situation geschaffen worden, die zur Gründung der Treuhand geführt haben. Durch Aussitzen und "unter den Teppich kehren" wollte die deutsche Politik die ungelösten Entschädigungsfragen vom Tisch bekommen. Diese Strategie ist zusammengebrochen.

Länger als ein Jahrzehnt haben die betroffenen Ostdeutschen auf eine Initiative der deutschen, beziehungsweise der polnischen Regierung für die Regelung der offenen Vermögensfrage gewartet. Es hat sich nichts getan. Die Kohl-Regierung hatte 1990 versprochen, dieses Problem in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen. Später ist sie, wie auch die Nachfolgeregierungen davon abgerückt. Heute heißt es lapidar, man wolle das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen nicht mit Fragen aus der Vergangenheit belasten.

Die Passivität der Regierungen bei der Regelung der offenen Vermögensfragen hat dazu geführt, daß die "Preußische Treuhand" als Selbsthilfeorganisation der Betroffenen gegründet wurde. Mit Klagen vor nationalen und internationalen Gerichten will man Eigentumsrechte geltend machen und eine wie auch immer geartete Entschädigung durchsetzen.

Im Rechtsstaat Deutschland und im Rechtsstaatsgebilde EU ist dies legitimes Handeln. Im Rechtsstaat Polen müssen die Menschen und vor allem die politische Klasse dies aushalten, ohne zugleich das gut nachbarschaftliche Verhältnis zu Deutschland zur Disposition zu stellen. Eine zumutbare Entschädigung für konfisziertes und zurückgelassenes Eigentum war und ist immer auch eine, wenn auch nachgeordnete Forderung der Vertriebenenverbände. Die Spitze des "Bundes der Vertriebenen" hat sich dazu noch 2004 eindeutig bekannt.

Allerdings sehen die Vertriebenenverbände die Bundesregierung in der Pflicht. Diese muß endlich der gebotenen Obhutspflicht gegenüber ihren betroffenen Bürgern bei der Entschädigungsfrage nachkommen.

Wenn die Bundesregierung nicht in Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über die Lösung der Entschädigungsfrage eintreten will - nach vielen amtlichen Verlautbarungen will sie das nicht, obwohl es geboten wäre - bleibt nur noch ein Weg, die Treuhand und deren Aktivitäten gegenstandslos zu machen. Die Bundesregierung muß eine nationale Lösung anstreben und die berechtigten Ansprüche aus eigenen Mitteln entschädigen. Dies würde Deutschland keineswegs überfordern, denn vor dem Hintergrund der noch immer praktizierten deutschen Scheckbuchdiplomatie würden wenige hundert Millionen Euro den deutschen Staat nicht zah-

lungsunfähig machen.

Diesen Weg ist auch Polen gegangen. Einzelklagen von zwangsumgesiedelten Ostpolen aus den heute zur Ukraine gehörenden früheren ostpolnischen Gebieten, sind durch polnische Gerichte positiv beschieden worden. Der polnische Staat hat im Einzelfall entschädigt.

Die Entschädigungsproblematik für zurückgelassenes Eigentum bei Vertreibungen und Zwangsumsiedelungen ist durchaus nicht nur eine spezifisch deutsch-polnische Angelegenheit. Dieser Tage erst hat ein zypriotisches Gericht die berechtigten Eigentumsansprüche vertriebener Zyprioten anerkannt.

Die italienische Vertriebenenorganisation der vertriebenen Iстриer fordert die Entschädigung oder Rückgabe des zurückgelassenen Eigentums. Zur Durchsetzung ihrer Ansprüche wollen die Italiener in wenigen Monaten einen europäischen Vertriebenenverband gründen. Deutsche Vertriebenenverbände sind dazu eingeladen worden.

Die Entschädigungsfrage bleibt auf der Tagesordnung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungelösten Entscheidungsproblematik in Mitteldeutschland aufgrund der Enteignungen durch die Sowjets und des Regimes der "Sowjetischen Besatzungszone" am Ende des Zweiten Weltkrieges.<<

2007

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.
Sprichwort aus Deutschland

01.01.2007

Belgien: Bulgarien und Rumänien treten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

07.04.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 2007 (x887/...): >>**Wir sind im Krieg**

Europas falsche Toleranz gegenüber dem Islam

Udo Ulfkotte wird bestimmt von keiner muslimischen Vereinigung als guter Freund betrachtet werden, denn der ehemalige "FAZ"-Redakteur widmet sich seit einigen Jahren intensiv einem Thema, das sie nicht gut aussehen läßt: der Islamisierung der Welt. Mit "Krieg in unseren Städten" machte er sich bereits 2003 zahlreiche Feinde, und auch seine aktuelle Veröffentlichung wird ihm so manche Morddrohung einbringen.

"Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" lautet ihr Titel und verrät schon, wogegen Ulfkotte als einer von wenigen Warnern anschreibt. Doch wie immer, wenn jemand Einzelkämpfer ist, gibt es eine gewisse Neigung zur Einseitigkeit und zu Extremen, trotzdem überzeugt der Autor mit zahlreichen Fakten.

"Liest man die verschiedenen Bevölkerungsstudien zur Entwicklung Europas, dann ist der Trend klar: Europa wird immer stärker islamisch geprägt sein. Man mag darüber streiten, wie viele Muslime in welchem Jahr in Europa leben werden. Doch die kurzfristigen Prognosen sind eindeutig: Schon etwa um das Jahr 2025 herum wird jedes dritte in Europa geborene Kind muslimischen Glaubens sein."

Was an sich keine bedrohliche Entwicklung wäre, wenn eben die muslimischen Vereinigungen nicht schon seit Jahren Stück für Stück die Werte Europas unterwanderten. Ulfkotte belegt in seinem Buch, daß dies gar nicht so sehr die Schuld der Muslime ist, sondern viel mehr die jener europäischen Politiker und Regierungen, die die Zugewanderten gewähren lassen. Zumal, so Ulfkotte, die verschiedenen muslimischen Verbände jeweils nur einen sehr geringen Teil der europäischen Moslems vertreten. Aber: "Deutsche Politiker reißen sich offenkundig darum, Begegnungsstätten mit dem Islam in Moscheen zu finanzieren."

Anhand zahlreicher Länderbeispiele führt der Autor an, wie sich die heimischen Gesellschaften anpassen. Von Krankenhäusern und Altenheimen nur für Moslems, in denen ihre religiö-

sen Gefühle nicht verletzt werden, über Aushöhlung des Tierschutzes hin zur Anpassung des Scheidungsrechts an muslimische Geflogenheiten.

"Wer sich in Belgien öffentlich gegen die zunehmende Islamisierung stellt, muß mit Strafanzeige rechnen ... Jedes vollständig islamisierte muslimische Kind, das in Europa geboren wird, ist eine Zeitbombe für die Zukunft westlicher Kinder. Denn Letztere werden verfolgt werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind."

Das brachte Vater Samuel eine Strafanzeige ein. Das belgische Zentrum gegen Rassismus behauptete, Vater Samuel schüre den 'Rassenhaß'. Vater Samuel war bis dahin nicht bekannt, daß Muslime in Belgien als 'Rasse' gelten."

Ulfkotte nennt zahlreiche Beispiele, wie der Westen aus falsch verstandener Toleranz seine eigene Identität zugunsten des Islam verwässert. Angriffe auf westliche Werte würden zudem einfach überhört. Entschuldigungen, wie sie Moslems von uns bei angeblichen Verletzungen ihrer religiösen Gefühle verlangen, wagten wir nicht einzufordern.

"Als der oberste Führer der australischen Muslime, Scheich Taj el-Din el-Hilali, zum Ende des Fastenmonats Ramadan im Oktober 2006 unverschleierte Frauen mit 'rohem Fleisch' verglich, gab es in der westlichen Welt keine massenhaften Demonstrationen." Und das obwohl der Scheich darin indirekt sexuelle Übergriffe auf Frauen guthieß, denn schließlich würde man es auch keiner Katze übelnehmen, wenn sie auf der Straße liegendes Fleisch fräße.

Nach der Lektüre bleibt der Leser ziemlich verängstigt zurück, denn die vom Autor beschriebene Zukunft sieht alles andere als harmonisch aus. Und letztendlich befinden wir uns nach Meinung Ulfkottes schon längst im Krieg, auch wenn wir die offene Schlacht mit dem Islam zu vermeiden suchen, doch "ein Krieg beginnt nicht erst dann, wenn der erste Schuß gefallen ist".

Udo Ulfkotte: "Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht", ... Frankfurt/Main 2007 ...<<

05.05.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Mai 2007 (x887/...): >>Christlichen Glauben schützen

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

09.06.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juni 2007

(x887/...): >>Lehrreiche Lektüre für Träumer

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes. Da ist es zu begrüßen, daß ein Verlag jetzt den zweiten Band einer populärwissenschaftlichen Darstellung der Besatzungszeit auf den Markt bringt, in dem ein Journalist unter dem Titel "Besetzt" die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland in großen Zügen schildert, nachdem er im ersten Band über die französische Besatzungszone berichtet hat.

Während man in seinem ersten Buch rügen mußte, daß er die gravierenden Verstöße der Besatzungsmacht gegen das Völkerrecht immer wieder aufrechnete mit den dazu heftig übertriebenen deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich, hält er sich damit in seinem neuen Buch erfreulicherweise zurück.

Sachlich schildert er, wie die US-amerikanischen Sieger voller Haß auf die Deutschen, die ihrer Propaganda zufolge für immer neue Kriege auf dem Kontinent verantwortlich waren, ins Reichsgebiet vordrangen. Nun wollten die US-Amerikaner, fest überzeugt von der deutschen Kollektivschuld, alles tun, damit die Deutschen nie wieder in der Lage sind, Krieg zu führen. Und sie wollten die Deutschen mit aller Härte bestrafen, weil sie "aus Leichen Seife und Lampenschirme aus Menschenhaut hergestellt hatten", wie ihnen ihre Greuelpropaganda in die Ohren geblasen hatte.

Mitleid sollte es nicht geben. Die deutschen Kinder sollten in ihren Schulen von US-amerikanischen, englischen und sowjetischen Offizieren unterrichtet werden, damit sie - wie es hieß - "den wahren Geist der Demokratie" lernen.

Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangener den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu "Disarmed Enemy Forces" (entwaffnete feindliche Streitkräfte) erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war.

Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzten Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.

Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.

Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen.

Leider erfährt man in dem Buch nichts über die Lebensbedingungen in den Lagern; sie waren schlimm genug. Erst der deutsche Bundestag beendete im Dezember 1950 offiziell diese unsinnige Politik, die das Ziel hatte, die gesamte deutsche Führungsschicht nach den Vorstellungen der Umerzieher auszutauschen.

Zu kurz kommt in dem Buch die in großem Maßstab geplante und durchgeführte Umerziehung der Deutschen. Das Kapitel darüber überschreibt Volker Koop mit "Eine freie Presse". Frei war sie nun ganz bestimmt nicht! Wenn es jemals eine zu 100 Prozent kontrollierte Presse in Deutschland gegeben hat, dann war es die von den Militärregierungen eingerichtete, auch wenn Deutsche Verleger und Redakteure sein durften.

Es fehlt in dem Buch auch die Darstellung des ideologischen Hintergrunds für die Umerziehung. Der Charakter der Deutschen sollte verändert werden, doch über das Ziel und die dabei angewendeten Methoden sucht man in Koops Buch vergebens Informationen. Bezeichnend, daß in dem Literaturverzeichnis das Standardwerk zu diesem Thema "Charakterwäsche" von Caspar Schrenck-Notzing fehlt. Zustimmung kann man dem Autor aber, wenn er schreibt, daß noch heute in unserer Presselandschaft die Strukturen zu finden sind, die damals von der Besatzungsmacht geschaffen wurden.

Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Politik. Man liest in Koops Buch die besorgten Berichte US-amerikanischer Politiker und Generäle, daß die Gefahr bestehe, die verzweifelten Deutschen würden sich dem Kommunismus zuwenden. Da begann auf der einen Seite die Lockerung, etwa indem Schulkinder eine zusätzli-

che Mahlzeit aus US-amerikanischen Beständen erhielten, während auf der anderen Seite Fabrikanlagen weiter demontiert wurden.

Das geschah auch noch, nachdem der US-Kongreß beschlossen hatte, 13 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau Westeuropas einschließlich der Westzonen Deutschlands als "Marshallplanmittel" bereitzustellen, Mittel im übrigen, von denen die USA am meisten profitierten, mußten doch 70 Prozent der Kredite ausgegeben werden, um in den USA produzierte Handelswaren zu kaufen.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die alliierten Militärgouverneure das Grundgesetz, das die Basis für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Westen wurde, eines Staates, der noch längst nicht souverän war, sondern immer noch unter strikter Kontrolle der Hohen Alliierten Kommissare stand.

Alles in allem bietet das Buch "Besetzt" über die US-amerikanische Besetzung in Deutschland eine lehrreiche Lektüre für alle, die immer noch davon träumen, die Alliierten hätten die Deutschen 1945 befreien wollen.

Volker Koop: "Besetzt - Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2006, ...<<

21.06.2007

Belgien: Der Europäische Rat Brüssel einigt sich am 21./22. Juni 2007 in auf die Erstellung eines Grundlagenvertrages der Europäischen Union, der die Inhalte der Europäischen Verfassung übernehmen soll. Der endgültige Text soll durch eine Regierungskonferenz festgelegt werden, die bereits seit Juni 2007 tätig ist.

25.08.2007

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 25. August 2007 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Der Führer lebt ... in den deutschen Medien

Wenn man aus dem Ausland kommt, von welcher Seite auch immer, und die deutsche Grenze überschreitet, sieht man mit dem bloßen Auge sofort, daß man in Deutschland ist. Wälder von kirchturmhohen Windrädern, mit denen die deutschen Schildbürger auch noch zwei Jahre nach dem verdienten Abgang von Trittin Strom aus Wind machen wollen, und Hakenkreuzfahnen und Hitlerbilder an jedem Zeitungsstand. Das sind die auffälligen Merkmale, an denen man erkennen kann, daß man deutschen Boden betreten hat.

Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern und Schüsseln ins Gebäude. Unsere modernen Schildbürger versuchen es mit Windmühlen zur Stromerzeugung, also mit ins Bombastische vergrößerten Fahrraddynamos - im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxidfreien Kernenergie, die die ganze übrige Welt ausbaut.

Hitler lebt, 62 Jahre nach seinem Selbstmord, an allen Zeitungsständen, auf allen Fernsehkanälen, im Straßenbild. Vor dem Sitz des Bundesfinanzministers in der Berliner Wilhelmstraße, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, flattern die fünf Meter hohen Hakenkreuzflaggen lustig im Wind, 300 Wehrmachtssoldaten rollen in Schützenpanzern und Mannschaftswagen durch die Straßen. Allen alten und jungen Nazi-Anhängern wird ganz warm ums Herz. Man dreht die ersten Szenen des Stauffenberg-Films mit Tom Cruise, morgen wird man einen anderen Film drehen, einen Fernseh-Spot mit Hitler, eine Ausstellung mit Hitlers Bildern eröffnen, ein Theaterstück mit Hitler aufführen, eine sensationelle Reportage drucken: "Wo sind Hitlers Noten?"

Die Erstschrift der Meistersinger-Partitur, die ihm zum 50. Geburtstag geschenkt wurde, sie ist verschollen! Wollte Hitler Picasso deportieren, fragt ein soeben erschienen Buch. Der Maler sollte als Zwangsarbeiter nach Essen gebracht werden! Hörte der Führer jüdische Schallplatten? Russischer Geheimdienstmann entdeckt Hitlers Schallplattensammlung. Wann

wird "Mein Kampf" endlich im Buchhandel wieder erscheinen? Natürlich als kommentierte wissenschaftliche Ausgabe. Bisher konnte man ihn nur im Ausland oder antiquarisch beziehen. Soll Hitlers Buch nun erscheinen? Ja, sagen berühmte Wissenschaftler, die kommentierte Ausgabe ist lange überfällig.

Alle eben genannten Meldungen stammen aus der letzten Woche.

Hitler im Film, Hitler als Maler, Hitler in der Architektur, Hitler als Comic. Hitler in der Oper, Hitler sogar im "Tatort". In Deutschland ist immer "Führerwetter". Die Abbildung von Hakenkreuzen scheint nie verboten zu sein, wenn sie sich nur linksrum drehen, also von strammen Linken "Spiegel"-verkehrt bearbeitet werden. Offenbar kann sich das Volk an den Führerbildern und Hakenkreuzfahnen nicht satt sehen, denn in einer freien Wirtschaft wird bekanntlich nur das produziert, was auch verkäuflich ist.

Bei "Spiegel"-Gründer Augstein und "stern"-Chef Henry Nannen war die Vorliebe für Hitler-Stories noch verständlich. Beide waren bei der Wehrmacht, Offiziere, später gut umerzogen. Augstein war einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Nannens Illustrierte folgte. Gegen Hitler ging es, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im "Spiegel" und im "stern" stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch mal.

Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Aber das Hauptinteresse der Herausgeber galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung der Magazine noch ganz nahe war.

Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen. Was ist eigentlich aus Baldur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja - wovon? Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden?

Das alles muß Rudolf Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazi-Zeit, von der jeder nur seinen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den "Spiegel" so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten.

Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrika-Feldzug, mit Gallands und Mölders Abschüssen feindlicher Flugzeuge. Waren die Abschluß-Zahlen womöglich nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die Leser.

War alles wirklich so schlimm? Hat der Führer das gewußt? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. "Spiegel"-Leser, so hieß der Slogan, wissen mehr.

"Spiegel"-Leser wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und allen den anderen. Wie lebten die in ihren Bunkern, und wie war es mit ihren Frauen und mit ihren Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und mit den Gelagen und mit dem Kunstraub und der Extra-Uniform, das war endloser Stoff für den "Spiegel", Woche für Woche. Augstein brachte die Nazi-Zeit den deutschen Lesern, die sie selber ja nur immer an einer einzelnen Stelle der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig nahe.

Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Wie war es genau, das Schlimme? Hauptsache, die Details stimmen. Stimmt das, daß wir den ersten Düsenjäger der Welt gebaut haben, die deutsche Me 262 A-

1a (Schwalbe), mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-1b nicht zu verwechseln, ebensowenig wie das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wievielmals wurde es überhaupt verliehen? Das wird nie in der Quiz-Sendung mit Jörg Pilawa und Günther Jauch gefragt. "Spiegel"-Leser könnten es beantworten.

50mal Albert Speer, 14mal Kristina Söderbaum, 200mal Goebbelsstagebücher, 100mal Führerbunker. Ohne Gewähr.

Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso, und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer war eine deutsche Erfindung. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im "Spiegel" statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet - ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos, dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.

Die Leserschaft des "Spiegel" hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wieder aufgebaut. In diesen Städten wuchs die neue Generation der "Spiegel"-Leser auf, die Anzeigenseiten des "Spiegel" wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das 20fache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neu aufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren, als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1967/68.

Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern, der "Spiegel" half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher unbekanntes Details. Und vor allen Dingen Fotos. Der "stern" immer dabei, seit den "Hitlertagebüchern" aber vorsichtig.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel"-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Kopf und wollen die "furchtbare Zeit" immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel"-Haus. Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen seien krank, sagt meine griechische Freundin.

Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die "Spiegel"-Leser und die Leser des "stern"? Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitler als Nichtraucher, Hitlers Zeichnungen. Und Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, er war auch noch ein Frauentyp. Wenn kein Sex-Titelbild mehr über das Sommerloch hilft, der Führer tut es. Es ist immer Führerwetter in Deutschland.<<

13.12.2007

Portugal: Die 27 EU-Staaten unterzeichnen am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

"SPIEGEL ONLINE" berichtet am 13. Dezember 2007: >>>Neuer EU-Vertrag unterzeichnet - Beifall für Merkel

Der erbitterte Streit um die Neuausrichtung der EU ist Geschichte, alle 27 EU-Länder

haben den europäischen Grundlagenvertrag unterzeichnet.

Kanzlerin Merkel wurde für ihren Einsatz kräftig gelobt.

Lissabon - EU-Ratspräsident José Socrates richtete sich nach der Unterzeichnung des Vertragswerks mit feierlichen Worten an die Europäer: Der Reformvertrag beruhe auf den Traditionen und Vermächtnissen des europäischen Projekts. "Es ist ein Vertrag für die Zukunft. Es ist ein Vertrag für den Aufbau eines moderneren, effizienteren und demokratischeren Europa." Der neue Vertrag werde der europäischen Idee Kraft verleihen, sagte Socrates. "Wir werden dieses europäische Projekt heute einen Schritt vorantragen."

Der Vertrag ist unterzeichnet - einer Person dankten Socrates sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso besonders dafür, die EU aus der Krise geführt zu haben. "Kanzlerin Merkel hat ein Mandat ausgehandelt, ohne das dies alles nicht möglich gewesen wäre", sagte Socrates.

Durch die Berliner Erklärung hatte Merkel bei einem Sondergipfel zum 50. Geburtstag der EU im März die 27 Mitgliedstaaten auf eine rasche Verabschiedung des Vertrages eingeschworen. Unter portugiesischer Präsidentschaft waren die mühsamen Verhandlungen mit etlichen Ausnahmeregeln für Großbritannien und Polen im Oktober beendet worden.

Angela Merkel selbst unterstrich die Bedeutung der Unterzeichnung: "Dies ist ein wichtiger Tag für Europa", sagte die Kanzlerin. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte unterdessen: "Europa wird transparenter, Europa wird demokratischer, und Europa wird effizienter arbeiten können." Mit der Unterzeichnung wurde die seit sechs Jahren währende Debatte über die Gestalt der EU-Institutionen formell abgeschlossen.

Die auf 27 Länder angewachsene Union soll mit ihrer neuen Rechtsgrundlage handlungsfähiger und demokratischer werden. Der Vertrag enthält die wesentlichen Elemente der Verfassung, die 2005 am Nein der Wähler in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. "Noch Anfang des Jahres hat man von einer unüberwindlichen Krise der Europäischen Union gesprochen. Heute aber tritt die EU gestärkt aus dieser Krise hervor", sagte Pötering.

Ab 2009 sollen geänderte Abstimmungsregeln und eine Ausweitung der Themen, die mit Mehrheit beschlossen werden können, politische Entscheidungen in der EU beschleunigen. Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Ratspräsident soll künftig mehr Kontinuität in die EU-Politik bringen. Ein hoher Repräsentant für die Außenpolitik mit einem eigenen auswärtigen Dienst soll der EU mehr Gewicht in der Welt verschaffen. Das Europäische Parlament kann künftig bei fast allen Gesetzen mitentscheiden, und auch die Rechte der nationalen Parlamente gegenüber Brüssel werden gestärkt.

Als einziges Land war Großbritannien bei der Feier nur durch seinen Außenminister David Miliband vertreten. Premierminister Gordon Brown reiste wegen eines Termins im britischen Parlament mit Verspätung an und unterzeichnete den Vertrag erst beim gemeinsamen Mittagessen der Staats- und Regierungschefs. Die britische Opposition warf Brown "Feigheit" vor. Es wird spekuliert, Brown wolle kein Foto von sich in der Presse sehen, auf dem er den in Großbritannien höchst umstrittenen Vertrag unterschreibt.

Rechtskräftig wird der neue Vertrag erst, wenn ihn alle 27 EU-Staaten ratifiziert haben. Dieser Prozeß soll spätestens Anfang 2009, rechtzeitig zur nächsten Europawahl, abgeschlossen sein.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2007: >>**Vertrag von Lissabon unterzeichnet "Neue Stufe im europäischen Abenteuer"**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben den Vertrag von Lissabon unterzeichnet, das neue Regelwerk der EU. "Zum ersten Mal sind die Länder, die einst durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, vereint durch einen gemeinsamen Vertrag", sagte EU-Kommissionspräsident Barroso. ...

In einer feierlichen Zeremonie in der portugiesischen Hauptstadt unterschrieben Vertreter aller

27 Mitgliedstaaten den neuen Vertrag, dessen Inhalte Ende Oktober ausgehandelt worden waren. Er ist ein Ersatz für den europäischen Verfassungsvertrag, der vor zwei Jahren bei Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich gescheitert war.

Der amtierende EU-Ratspräsident, der portugiesische Ministerpräsident Socrates, bezeichnete den Vertrag als "neue Stufe im europäischen Abenteuer" und als "neuen Moment im Aufbau Europas". Durch ihn werde die EU moderner, effizienter und demokratischer. Socrates sagte, es sei für sein Land eine große Ehre, daß der Vertrag den Namen Lissabons trage. Er hob ausdrücklich hervor, daß der Vertrag nicht ohne den Einsatz von Bundeskanzlerin Merkel zustande gekommen wäre, die während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr in der EU eine Einigung auf ein Verhandlungsmandat für den Vertrag erreicht hatte.

Pöttering: EU geht gestärkt aus der Krise

EU-Kommissionspräsident Barroso forderte die Mitgliedstaaten in seiner Festrede auf, bei der Ratifizierung des Vertrags mit der gleichen Entschiedenheit zu handeln wie bei seiner Ausarbeitung. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Pöttering, sagte, die EU gehe gestärkt aus der Krise hervor, in die sie durch das Scheitern des Verfassungsvertrags geraten war.

Der Vertrag wurde im Hieronymus-Kloster unterschrieben, einem der großen historischen Denkmäler Lissabons. Es war nach der Entdeckung Indiens durch Vasco da Gama im 16. Jahrhundert mit Geld aus dem neuen Überseehandel errichtet worden und diente dem portugiesischen Königshaus lange als Grabstätte. Portugal hatte in dem Kloster bereits 1985 seinen Beitrittvertrag mit der EU unterzeichnet.

Brown bleibt Zeremonie fern

Als einziger Staats- oder Regierungschef blieb der britische Premierminister Brown der feierlichen Zeremonie in dem Kloster fern; für das Vereinigte Königreich zeichnete Außenminister Miliband.

Brown ließ sich wegen eines Auftritts in einem Parlamentsausschuß am Morgen entschuldigen und reiste erst zum Mittagessen im benachbarten Kutschenmuseum an; dort unterschrieb er später den Vertrag. Die britische Presse hatte geglaubt, Brown wolle nicht auf der offiziellen Feier fotografiert werden, um die Bedeutung des Vertrages noch einmal herunterzuspielen. Brown will kein Referendum über den Vertrag abhalten.

Keine Symbole wie Flagge oder Hymne

Der Vertrag von Lissabon enthält die wesentlichen Elemente des gescheiterten Verfassungsvertrages, verzichtet aber auf Symbole wie Flagge oder Hymne, die insbesondere in den Niederlanden und Großbritannien als Ausdruck einer Staatswerdung Europas abgelehnt worden waren. Zu den Neuerungen gehört die Einsetzung eines hauptamtlichen europäischen Ratspräsidenten, die Bündelung der außenpolitischen Zuständigkeiten im Amt des Außenbeauftragten, die Einführung neuer Entscheidungsregeln ("doppelte Mehrheit") im Rat der Mitgliedstaaten, die Verkleinerung der Europäischen Kommission und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik.

Außerdem wird das Europäische Parlament in Zukunft über die meisten europäischen Gesetze gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten entscheiden. Deutschland und 15 andere Mitgliedstaaten hoben in einer rechtlich nicht bindenden Erklärung hervor, daß sie die Europafahne, die Hymne (Beethovens "Ode an die Freude"), den Europatag und den Euro weiter als Symbole der EU betrachten. Der Vertrag muß in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden; eine Volksabstimmung ist bisher nur in Irland vorgesehen. Er soll Anfang 2009 in Kraft treten.

Wegen der Unterzeichnung in Lissabon mußten die Staats- und Regierungschefs, die von ihren Außenministern begleitet wurden, viel reisen. Die Portugiesen bestanden darauf, daß der Vertrag in Lissabon unterschrieben wird, damit er den Namen ihrer Hauptstadt trägt. Das entspricht den Gepflogenheiten in der EU, in der Vertragsänderungen bisher immer in dem Land unterzeichnet wurden, in dem sie ausgehandelt worden waren. In diesem Fall kollidierte das

mit der Zeitplanung für den üblichen EU-Gipfel zum Jahresende, der für diese Woche in Brüssel vorgesehen war.

Die Portugiesen schlugen vor, den Gipfel ausnahmsweise im Anschluß an die Unterzeichnung in Lissabon abzuhalten. Belgien, das Gastland der EU-Institutionen, beharrte aber darauf, daß der Gipfel wie üblich in Brüssel stattfindet. Deshalb flogen die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag nach Lissabon, reisten nach der Unterzeichnungszeremonie aber wieder ab, um sich am Freitagmorgen in Brüssel abermals zu treffen. Um Kritik am Kohlendioxidausstoß dieser Flüge zu mildern, ließ die Bundesregierung wissen, sämtliche Reisen Frau Merkels würden durch Investitionen in Klimaschutzprojekte ausgeglichen.

Die wichtigsten Neuerungen im Vertrag von Lissabon

EU-Präsident: Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident soll der EU Gesicht und Stimme geben und für mehr Kontinuität in deren Politik sorgen. Bislang wechseln sich die 27 EU-Staats- und Regierungschefs alle sechs Monate im Vorsitz ab.

Außenpolitik: Die Kompetenzen des EU-Außenbeauftragten (derzeit der Spanier Javier Solana) werden aufgewertet. Zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben soll er auch die des EU-Außenkommissars übernehmen (derzeit eine Kommissarin, die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner) und Vizepräsident der Kommission werden. Als offizieller Titel wurde "Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik" festgelegt.

Kleinere Kommission: Im Jahr 2014 wird die EU-Kommission schlanker. Während gegenwärtig alle 27 EU-Staaten ihren eigenen Kommissar haben, werden dann nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten darin vertreten sein. Ein Rotationsprinzip soll sicherstellen, daß alle Staaten die gleiche Chance haben, einen Kommissar nach Brüssel zu entsenden.

Weniger EU-Abgeordnete: Auch das Europaparlament soll kleiner werden. Statt 785 wird es ab 2009 noch 750 Sitze zählen. Hinzu kommt der Parlamentspräsident.

Einschränkung von Veto-Möglichkeiten: Derzeit sind Beschlüsse in vielen Politikfeldern nur möglich, wenn die EU-Staaten einstimmig entscheiden. Künftig sollen Mehrheitsentscheidungen die Regel sein, damit nicht länger ein einzelner Mitgliedstaat alle übrigen 26 blockieren kann. Bei Steuerfragen, in der Außenpolitik und einigen anderen Bereichen bleibt es aber beim Prinzip der Einstimmigkeit.

Stimmverteilung im Ministerrat: Zum 1. November 2014 wird ein neues Abstimmungssystem eingeführt, daß die Bevölkerungsstärke der einzelnen EU-Staaten besser berücksichtigt als bislang. Für einen Beschluß wird dann die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten nötig sein, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten müssen ("doppelte Mehrheit"). Während einer Übergangsphase bis zum 31. März 2017 kann jeder einzelne EU-Staat aber bei einer unliebsamen Entscheidung verlangen, die Abstimmung nach dem bisher gültigen System des Vertrags von Nizza zu wiederholen. Auch noch nach 2017 können die Verlierer einer Abstimmung unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung der Verhandlungen einfordern.

Grundrechte-Charta: Die bereits Ende 2000 unterzeichnete EU-Charta der Grundrechte soll mit dem neuen Vertrag rechtsverbindlich werden. Für Polen und Großbritannien gibt es aber Ausnahmen.

Subsidiaritätsprinzip: Spricht sich eine Mehrheit der nationalen Parlamente in der EU gegen einen Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission aus, so muß diese ihren Vorschlag überprüfen.

Bürgerbegehren: Wenn eine Million EU-Bürger mit ihrer Unterschrift ein Gesetz zu einem bestimmten Problem verlangen, muß die Kommission tätig werden.<<

21.12.2007

Belgien: Der Schengen-Raum wird am 21. Dezember 2007 um Estland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Malta, Litauen, Slowakei und Slowenien erweitert.

2008

Die Ehre, einmal erkrankt und dann nicht rasch geheilt, steht niemals wieder von den Toten auf.

Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)

01.01.2008

Belgien: Zypern und Malta führen am 1. Januar 2008 den Euro als Landeswährung ein.

05.01.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Januar 2008 (x887/...): >>>**Zwischen letzter Hoffnung und bemühter Anpassung**

Wie die "Jüdischen Rundschau" vor 75 Jahren die Machtergreifung der Nationalsozialisten kommentierte

von Konrad Löw

Wer sich mit Zeitgeschichte befaßt, glaubt eine ziemlich klare Vorstellung von dem zu haben, was vor 75 Jahren, am Ende der Weimarer Republik, am Beginn der NS-Ära die politische Szene bestimmte: Massenarbeitslosigkeit, Gewalt auf den Straßen, Judenverfolgung, Hitler spielt die Rolle des Staatsmannes, Entmachtung seiner Gegner, Deutschland verläßt den Völkerbund ...

Das ist alles richtig. Und doch gibt es Überraschendes zu entdecken, wenn wir in Zeitungen von damals schmökern, so in dem Organ der deutschen Zionisten, der "Jüdischen Rundschau", die zweimal wöchentlich in Berlin erschien. Auch ihre Meldungen und Kommentare haben einen Beitrag zum öffentlichen Meinungsbild geliefert, das weit facettenreicher war, als sich die meisten von uns heute vorstellen können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ab dem 30. Januar, insbesondere ab den Wahlen vom 5. März, die Pressefreiheit zunächst faktisch, dann auch rechtlich eingeschränkt war. Hier einige Beispiele, alle aus dem Jahr 1933, die das Gesagte veranschaulichen und dazu beitragen, unser Bild der damaligen Ereignisse abzurunden:

Unter der Überschrift "Verrohung der Sitten" wird am 10. Januar von einem jüdischen Mordanschlag berichtet, ein gefundenes Fressen für den "Stürmer", das antisemitische Hetzblatt der Nationalsozialisten: "Wie von uns bereits in der vorigen Nummer kurz gemeldet, ist auf den Redakteur des 'Israelitischen Familienblattes', Hamburg, Esriel Carlebach, ein Revolverattentat verübt worden, das schwere Verletzungen des Angegriffenen zur Folge hatte ...

Der Täter ist bisher nicht ermittelt; aber es ist charakteristisch, daß in den Kreisen der Freunde Carlebachs sowie überhaupt in der Hamburger jüdischen Öffentlichkeit kaum daran gezweifelt wird, daß das Attentat von Juden verübt worden ist."

Als Motiv für den Mordversuch wird angenommen, daß das Opfer es gewagt habe, "in diesen Reisebriefen nicht alles schön und gut und nachahmenswert zu finden, was es bei längerem Aufenthalt in Sowjetrußland geschaut hat ... Ganz unabhängig davon, ob man Carlebachs Publizistik immer bejaht, ... die Anwendung von Gewalt bei jüdisch-politischen Auseinandersetzungen darf nicht zugelassen werden."

Der Text bestätigt allem Anschein nach, was immer wieder kolportiert wurde, daß einzelne Juden als Bolschewisten völlig skrupellos für die kommunistische Sache und für die Sowjetunion gekämpft und dabei selbst nicht vor Aufruhr und Morden zurückgeschreckt hätten, ferner, daß es die Juden als Einheit nicht gegeben habe, sie vielmehr den verschiedensten Lagern angehört hätten und sich mitunter bis aufs Blut bekämpft hätten.

Am 24. Januar wurden die Leser über "Die Verelendung der Juden in Polen" unterrichtet. Vergleiche mit den Bestrebungen der radikalen NS-Führung drängen sich auf: "Die antijüdischen Bestrebungen werden (in Polen) als Abwehrmaßnahmen und die Lehren und Taten Hitlers als oft nachahmenswerte Muster dargestellt ... Die polnische Regierung und die polnische

Gesellschaft sind in ihrer Verdrängungspolitik gegenüber den Juden solidarisch ... Die Lage der polnischen Juden hat sich demnach in der letzten Zeit verschlimmert ..."

Derlei Berichte waren geeignet, nicht nur die Angst vor einer Fluchtwelle von Ostjuden zu schüren, sondern auch die antisemitischen Absichtserklärungen der Nationalsozialisten in einem milderem Licht - eben als nicht Spezifisches, Singuläres - erscheinen zu lassen.

"Jude" war nicht nur ein Schimpfwort zur Denunziation derer, die sich irgendwie als Juden zu erkennen gaben. Die NS-Demagogen machten daraus einen Stempel, mit dem alle Gegner stigmatisiert wurden. "Auch Strasser ist Jude" betitelte die "Jüdische Rundschau" einen Beitrag, der wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlicht wurde: "Daß Sozialisten, Kommunisten, deutsche Arbeiter, selbstverständlich der gesamte Liberalismus und jeder Liberale, von der nationalsozialistischen Presse schlechthin als 'Juden' bezeichnet werden, war man schon gewohnt.

In der letzten Zeit aber, seitdem der politische Hauptkampf nicht mehr zwischen Rechts und Links, sondern innerhalb der Gruppen der Rechten ausgefochten wird, werden auch alle kurz zuvor als völkische Kampfgenossen anerkannten Personen, sobald sie vom orthodoxen Hitlerium abfallen, zu 'Juden' oder Judenknechten. Papen war Judenknecht, Hugenberg ... Dr. Goebbels behauptet, 'Strassers jüdische Abstammung sei einwandfrei erwiesen'."

Das Gesagte wird besonders grotesk, wenn man sich gleichzeitig vergegenwärtigt, daß dem Juden Jesus Christus die jüdische Abstammung aberkannt wurde.

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kam für viele überraschend. Nun war einer der rabiatesten Antisemiten an der Macht. Wird aus dem Rabauken ein halbwegs gemäßigter Staatsmann? Vorsichtiges Lavieren war angesagt. "Zur Lage in Deutschland" lautet am 3. März die Schlagzeile auf der ersten Seite.

Im Text wird die antisemitische Hetze beklagt: "Die letzte Woche hat eine außerordentliche Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Deutschland gebracht ... Verabscheuungswürdige Verbrechen von unerwartetem Ausmaß, wie die Brandstiftung im Reichstag, wurden begangen, und es ist kein Wunder, daß - oft völlig unwahre - Gerüchte die Luft durchschwirren ... Auch die jüdische Öffentlichkeit ist irritiert ... Mit allen möglichen Geschehnissen werden Juden in Verbindung gebracht ..." Doch: "Unsere positive jüdische Arbeit bleibt von den Vorgängen unberührt."

Zu den seinerzeit bevorstehenden Reichstagswahlen am 5. März lautete der Kommentar: "Daß Juden keine programmatisch antisemitischen Parteien wählen können, ist eine Sache der Selbstachtung. Wir halten es aber auch nicht für richtig, ... den Anschein zu erwecken, als ob Juden oder jüdische Organisationen etwas Entscheidendes zu dem Wahlkampf beitragen könnten."

Zumindest nach außen war dies auch schon früher die Haltung der jüdischen Mehrheit: keine Einmischung in die Politik. Dann werden innerjüdische Meinungsverschiedenheiten angesprochen, die eine lange Tradition haben, so die Kritik des "Verbandes nationaldeutscher Juden" an der großen Mehrheit der deutschen Juden.

Der folgende Artikel kommentiert die letzten - halbwegs freien - Wahlen, bei denen es die Nationalsozialisten auf 43,9 vom Hundert der abgegebenen Stimmen brachten. (Was später unter "Wahlen" firmierte, waren keine Wahlen, da es keine Alternativen gab.)

"In einer jüdischen Zeitung kann die politische Lage nur insofern Gegenstand der Betrachtung sein, als das Schicksal der Juden mit ihr verbunden ist ... Was die Judenfrage betrifft, so hört man manchmal die Meinung, daß für einen - größeren oder kleineren - Teil dieser Wählerschaft diese Frage keine so entscheidende Rolle spielt, wie man bei der Lektüre der nationalsozialistischen Publizistik meinen sollte. Das Eine freilich - und das ist das mindeste - muß festgestellt werden: Unter dieser ungeheueren Wählerschaft gibt es niemanden, der sich durch die Äußerungen der Partei zur Judenfrage von der Beteiligung abhalten ließ ..."

Und zu den "Horrmeldungen des Auslands" lautet die Stellungnahme: "Demgegenüber halten wir es für unsere Pflicht, wahrheitsgemäß festzustellen, daß Pogrome oder pogromähnliche Ausschreitungen in Deutschland nicht stattgefunden haben."

Von den Übergriffen auf einzelne wußte die Redaktion nichts oder wollte nichts berichten.

"Zum 21. März" lautete die fette Schlagzeile dieses Tages. Was zunächst folgt, ist geradezu dazu angetan, den deutschen Leser mit nationalem Stolz zu erfüllen: "Der heutige Tag ist ein Wendepunkt der deutschen Geschichte. Der Zusammentritt des neugewählten Reichstags in Potsdam dient der feierlichen Grundsteinlegung eines neuen Deutschen Reiches. Die deutsche Nation, durch eine gewaltige Umwälzung auf neue Grundlagen gestellt, soll einer ruhmvollen Zukunft entgegengehen. Eine Epoche europäischer Politik beginnt, in der Deutschland als entscheidender Faktor an der Neugestaltung der Welt nach den Erschütterungen der großen Krise mitarbeiten wird."

Was folgt, sind Befürchtungen, die an Vorkommnisse der letzten Zeit anknüpfen. Doch am Ende steht die Hoffnung: "Nationalismus ist eine große ethische und ideelle Macht. Wenn der Überschwang dieser Gefühlswelt bewußt anknüpft an die Traditionen des großen Aufklärers Friedrich, ... dann muß ein Staatswesen geboren werden, das über sein nationales Sein hinaus ewige Menschheitswerte verkörpert."

Am 28. März wendet sich die "Jüdische Rundschau" mit einer zwei Spalten langen Erklärung "Gegen Greuelpropaganda" und zitiert die Zionistische Vereinigung für Deutschland mit den Worten: "Wir haben uns bereits am 17. März in einer ... an die gesamte jüdische Presse der Welt weitergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuermeldungen und gewissenlosen Sensationsnachrichten Einspruch erhoben."

Es werden dann Greuermeldungen abgedruckt, die offenbar fiktiver Natur waren - und doch einen wahren Kern hatten. Aber über diese top secrets konnte und durfte niemand berichten, und Anzeigen bei der Polizei, auch wenn sie Mord zum Gegenstand hatten, wurden letztlich niedergeschlagen.

Trotz der erwähnten Erklärung der Zionistischen Vereinigung fand am 1. April ein Boykott jüdischer Geschäfte statt. Doch das Echo war für die Veranstalter enttäuschend. So konnte die "Jüdische Rundschau" am 13. April auf der ersten Seite schreiben:

"Neben all dem Bitteren, das die deutschen Juden als Ganzes, und einzelne deutsche Juden ... in diesen Tagen durchmachen mußten, muß gerechterweise auch eine Erfahrung verzeichnet werden, die vieles aufzuwiegen vermochte. Von einer großen Zahl von Freunden und Lesern in Berlin und in allen Teilen des Reiches erhalten wir Berichte, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der christlichen deutschen Bevölkerung trotz der beispiellosen Vehemenz der anti-jüdischen Propaganda ... ein Gefühl für die wirkliche Situation bewahrt hat.

Sowohl am Tage des Boykotts als auch nachher haben viele Juden von ihren Mitbürgern Zeichen der Teilnahme und des Respekts erhalten ... Es handelt sich dabei keineswegs um parteimäßig abgegrenzte Kreise, sondern ausdrücklich wird hervorgehoben, daß ... auch von Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei, solche Kundgebungen zu verzeichnen sind."

Höchst aufschlußreich, was mit sieben Zeilen am 7. April den Lesern mitgeteilt wurde:

"Der Staatskommissar für die Unterrichtsverwaltung ... hat die Lehrer darauf hingewiesen, daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können."

"Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck" lautet die berühmte Überschrift des Leitartikels am 4. April, der mehr als eine ganze Seite füllt. Wir sind heute versucht anzunehmen, es handle sich um eine Verlautbarung vom September 1941, als die Juden verpflichtet wurden, einen gelben Stern zu tragen. Aber schon beim Boykott am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte mit einem gelben Fleck stigmatisiert.

Robert Welch, der Verfasser, stieg über Nacht zur Kultfigur auf, zumindest in zionistischen Kreisen, so viele fühlten sich angesprochen und bestärkt. Manche unterließen sogar die geplante Selbsttötung. Hier einige seiner flammenden Sätze: "Der 1. April 1933 kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Wenn die Juden wollen. Wenn die Juden reif sind und innere Größe besitzen. Wenn die Juden nicht so sind, wie sie von ihren Gegnern dargestellt werden."

Später meinte er, er hätte besser zu "Packt Eure Koffer und verschwindet" aufrufen sollen.

"Selbstkritik trotz allem!" steht über den folgenden Betrachtungen, die, wieder als Leitartikel, am 5. Mai veröffentlicht wurden und nach wie vor bedenkenswert sind. Daraus einige Passagen: "Es ist ein billiger Triumph, sich selbst die Biederkeit zu bescheinigen, dem eigenen Volk die höchsten Prädikate zuzulegen und jede von außen kommende Kritik als ungerecht abzutun.

Natürlich schmeichelt es der eigenen Eitelkeit, wenn man sich in das Gewand des unschuldig Verfolgten und Verkannten hüllt ... Wir haben vielleicht noch niemals und in keinem Land eine so scharfe antisemitische Kampagne durchgemacht wie jetzt in Deutschland ... Wird der Jude und das Judentum überall als minderwertig erklärt und behandelt, dann nimmt auch der Jude diese Haltung seiner Umwelt allmählich auf und empfindet sich als minderwertig ... Es seien hier nur drei besonders bekannte Persönlichkeiten angeführt."

Als erster findet Karl Marx Erwähnung, "Abkömmling einer Rabbinerfamilie, stark als Jude kenntlich, der nicht nur in seiner Schrift 'Zur Judenfrage' eines der übelsten antisemitischen Pamphlete geschrieben hat, sondern auch in seinen Briefen ... sich als Antisemit gebärdet. Er spricht von anderen Juden am liebsten mit der verächtlichen Bezeichnung 'Jüdel' ..." - Bis heute wird diese besonders schmutzige Seite ihres Idols von unseren Marxisten nicht wahrgenommen, wenn es darum geht, ob zu seiner Ehre eine Straße oder ein Platz benannt werden soll.

Die "Selbstkritik" fährt fort: "Die zweite Art des jüdischen Reagierens, von der wir sprechen wollen, ist eigentlich nur eine Umkehrung der ersten. Indem sich der Jude dagegen sträubt, das Urteil von seiner Minderwertigkeit einfach hinzunehmen, rettet er sich durch eine Geste der Überlegenheit ... Weil wir besonders verfemt werden, ist auch die Abwehr durch Selbstüberhebung besonders nahe."

Am 10. Mai 1933 übergaben die neuen Machthaber alles "Undeutsche" den Flammen. Dazu die "Rundschau" unter "Fanal und Besinnung", so devot, wie nötig: "Die abgelaufene Woche stand im Zeichen kulturpolitischer Kundgebungen. Nachdem der Nationalsozialismus seine politische Herrschaft im Staate gesichert hat, wendet er sich mit dem Elan, der diese Bewegung auszeichnet, der Umgestaltung des geistigen Lebens in Deutschland zu ... Denn Macht, so hat Minister Goebbels in einer seiner Reden sehr schön formuliert, kann sich nur durchsetzen, wenn sie mit Geist gepaart ist:

Am Anfang steht die Idee. Jedes politische ist vor allem ein pädagogisches Werk. Wer das nicht weiß, wird seine politische Macht auf Sand gebaut haben. Die neuen Männer in Deutschland haben bewiesen, daß sie es wissen ... Der Überschwang der Stunde, in der ein langersehntes Ziel erreicht ist, will seine Flammenzeichen weithin sichtbar machen. Dieser Einsicht dürfte es zuzuschreiben sein, daß der Gedanke eines Autodafés von Büchern in allen Kreisen des nationalen Deutschlands Verständnis und Zustimmung fand ... Die Aktion ist weit ruhiger verlaufen, als nach den Ankündigungen vermutet wurde."

"Der Täter verhaftet", verkündet die "Jüdische Rundschau" am 23. Juni als Hauptschlagzeile. Und darunter: "Die furchtbare Mordtat in Palästina, der Dr. Arlosoroff zum Opfer fiel, hat bereits ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht des Mordes wurde ein Jude, und zwar der Revisionist Abraham Stawski aus Brisk (Polen) verhaftet." Das erinnert an die üblichen Aufmachungen der Sensationspresse und paßt so gar nicht zu dem seriösen Blatt. Was mag

der Grund sein? Vermutlich sollte niemand auf die Idee kommen, die "Rundschau" verschweige die Bluttat, stecke vielleicht gar mit dem Täter unter einer Decke.

Fast schockierend für uns Heutige ist der folgende Beitrag, der mit "Stimmen des Blutes" überschrieben ist. Da heißt es einleitend: "Durch die letzten Ereignisse sind viele Juden sich der Blutszusammenhänge bewußt geworden. Das Wissen um die Bedeutung des Blutes ist aber nicht erst jetzt erwacht. Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts hat die jüdische Renaissancebewegung ihren Niederschlag in einer Reihe von Dichtungen gefunden, die zeigen, wie jüdische Menschen die Macht des Blutes erlebt haben." Zwei Gedichte werden präsentiert, das erste von Stefan Zweig. Es beginnt mit den Versen:

"In flutendem Dunkel, halb erwacht / Und halb mit träumenden Sinnen / Hör ich mein Blut durch die Mitternacht / Mit kristallem Singen rinnen: / ,Was bist du? Ein verdorrter Schaft, / Den ich mit Geist durchglute. / Mich zeugt der Erde tiefste Kraft, / Das Dunkel, dem ich mich entrafte, / Zu dem ich heimwärts flute ..."

Derlei war keine Marotte der Renaissancebewegung. In einem von Otto Dibelius und Martin Niemöller 1937 herausgegebenen Buch heißt es: "Diese göttliche Vorsehung hat eben einen Willen. Und diesen Willen offenbart sie uns in der Stimme unseres Blutes. Daß wir der Stimme unseres Blutes treu bleiben und damit Gottes Willen erfüllen - darauf kommt es an. Das bedeutet zunächst, daß wir unser Blut reinhalten ..."

Aber nicht alle haben dem Blute gehuldigt. Victor Klemperer in seinem Tagebuch am 11. Mai 1942: "Der Geist entscheidet, nicht das Blut."

Der Leitartikel vom 15. August 1933 steht unter einem Zitat, nämlich "Antijüdisch und anti-deutsch". Daraus einige aufschlußreiche Sätze:

"Unter den Völkern der Welt gibt es nicht nur einen Judentumhaß, sondern auch einen Deutschenhaß, der häufig in verblüffender Weise ganz ähnliche Erscheinungen zeitigt wie der Judentumhaß ... Ein Land wie Deutschland, das nach den Worten des Reichskanzlers Hitler das stärkste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat, darf nicht übersehen, daß nationalistische Gruppen in den Deutschland benachbarten Ländern eine Gefährdung des Friedens bilden ... Man kann also vom deutschen Standpunkt diese antijüdischen Gründungen in anderen Staaten nicht restlos begrüßen."

Mit Namen wird eine neue Partei in Polen als Beleg angeführt, die "NSPR, das heißt Nationalsozialistische Arbeiterpartei."

Am 4. Oktober wird von einem Auftritt Goebbels in Genf berichtet, bei dem der Minister offenen Übergriffe auf Juden einräumte. Das aber sei nicht das Ausschlaggebende vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß "die deutsche Revolution im Gegensatz zu manchen ähnlichen weltgeschichtlichen Vorgängen ein Akt der Disziplin, der Ordnung und der autoritativen Führung gewesen ist ..."

Nichts liegt dem Nationalsozialismus ferner, als eine billige Rache zu üben ... Wenn er es nicht tat, so aus dem ehrlichen Willen heraus, eine tatsächliche und praktische Lösung der Judenfrage zu finden."

Wer sich als Jude von den schönen Worten betören ließ, war versucht, seine Koffer wieder auszupacken. Gar mancher Flüchtling kehrte nach Deutschland zurück.

War der italienische Faschismus antisemitisch? Falls ja, ab wann? Eine Antwort auf die erste Frage gibt die "Jüdische Rundschau" schon im Oktober 1922, am Vorabend des "Marsches auf Rom", gut zehn Jahre vor Beginn der NS-Herrschaft: "Obwohl nicht Teil des faschistischen Programms (im Unterschied zum Programm der NSDAP), sind antisemitische Tendenzen in faschistischen Kreisen weit verbreitet."

Der Leitartikel der "Jüdischen Rundschau" vom 7. November 1933 steht unter der Überschrift: "Faschismus und Judenfrage" und ist geeignet, die Sicht des Jahres 1922 zu korrigieren. Den aktuellen Aufhänger bot eine Hilfskonferenz, die in London stattfand. Zahlreiche

jüdische Delegationsführer kamen zu Worte.

"Besondere Aufmerksamkeit fand die Ansprache des Führers der italienischen Delegation, Oberrabbiner Sacerdoti (Rom) ... Es ist bekannt, daß er zu Führern des faschistischen Italien gute persönliche Beziehungen hat und die faschistische Staatsform bejaht. Es war nun besonders interessant, von dem Redner zu hören, wie im Rahmen des faschistischen Italien, in dem die Juden volle Gleichberechtigung genießen, infolge des vom Faschismus besonders gepflegten historischen Gefühls und seiner konservativen Traditionswertung, eine neue Blüte des italienischen Judentums eingesetzt hat ...

Der italienische Faschismus hat, wie aus zahlreichen Erklärungen seines Schöpfers, Benito Mussolini, hervorgeht, niemals auch nur im mindesten antisemitische Tendenzen gezeigt." Aus diesen Sätzen kann mit Sicherheit gefolgert werden, daß damals das Los der italienischen Juden noch unvergleichlich besser war als das der deutschen. Daher sollten die Nationalsozialisten von den Faschisten lernen.

"Die Reichsvertretung der deutschen Juden, die die überwältigende Mehrheit aller deutschen Juden repräsentiert, hat nunmehr eine Erklärung zu der Volksabstimmung am 12. November erlassen", heißt es an eben diesem Tage in der "Rundschau" auf der ersten Seite und darüber der Text dieser Erklärung:

"Mit dem ganzen deutschen Volk sind auch wir Juden als Staatsbürger aufgerufen, zu der auswärtigen Politik der Reichsregierung unsere Stimme abzugeben. Sie wird gefordert für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedung der Welt: Trotz allem, was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein. Die Reichsvertretung der deutschen Juden."

Wer von den Gegnern Mühe und Risiko auf sich nahm, votierte - trotz der schönen Worte - dagegen. Öffentlich war ein solches Votum ausgeschlossen. Hätte die Reichsvertretung schweigen sollen? Dazu Victor Klemperer in seinem Tagebuch: "Letzten Sonntag Nachmittag waren Kaufmanns ... bei uns. Es gab eine furchtbar erregte Szene, als Kaufmanns erklärten, sich zum 'Ja' beim Plebiszit entschlossen zu haben, die gleiche Anweisung habe 'schweren Herzens' auch der Zentralverband der deutschen Juden ausgegeben. Ich verlor alle Contenance, hämmerte mit der Faust auf den Tisch und brüllte ..." –

Klemperer stimmte mit Nein, seine Frau enthielt sich.<<